

Protokoll
über die 66. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 05.02.2009

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:20 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion DIE LINKE

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret	SPD-Fraktion
Brill, Anna	Fraktion DIE LINKE
Graff, Esther Rahel	SPD-Fraktion
Nagel, Cornelia	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian	CDU-Fraktion und Liberale
Woywode, Robert	CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Hubert, Rudolf	
Karwen, Werner	CDU-Fraktion und Liberale
Marksteiner, Klaus	Fraktion DIE LINKE
Schulz, Andreas	Fraktion DIE LINKE
Schulze, Angelika	Fraktion Unabhängige Bürger

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Kaufmann, Gabriele

Schriftführer

Winter, Anne

Schriftführer: Anne Winter

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und
Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsprotokolle (öffentlicher Teil)
- 2.1. Bestätigung des Protokolls der 60. Sitzung (Sondersitzung) vom
08.12.2007 (öffentlicher Teil)
Wiedervorlage aus der 62. Sitzung am 09.01.2008, TOP 2.1
- 2.2. Bestätigung des Protokolls der 61. Sitzung vom 15.12.2007
(öffentlicher Teil)
Wiedervorlage aus der 62. Sitzung am 09.01.2008, TOP 2.2
- 2.3. Bestätigung des Protokolls der 62. Sitzung vom 09.01.2008
(öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1. Budgetkontrolle
4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
- 5.1. Stundensatz für 1-€-Jobber erhöhen
Vorlage: 02351/2007
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte Antrag der SPD-Fraktion
- 5.2. Anpassung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB
II, Leistungen für Unterkunft und Heizung
Vorlage: 02360/2007
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte Antrag der SPD-Fraktion

- 5.3. Fortführung der "Erhebung Kindsein in Schwerin"
Vorlage: 02420/2009
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte Antrag der Fraktion DIE LINKE
- vorbehaltlich der Verweisung durch den Hauptausschuss am 03.02.2009 -
- 5.4. Verzehr alkoholischer Getränke im öffentlichen Bereich/Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Polizei und Ordnungsdienst
Vorlage: 02389/2008
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte Antrag des Ortsbeirates Altstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Lewenberg
- vorbehaltlich der Verweisung durch den Hauptausschuss am 03.02.2009 -
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 66. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Vertreter der Verwaltung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Zur Tagesordnung werden keine Änderungen oder Ergänzungen angemeldet.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschriften (öffentlicher Teil)

zu 2.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 63. Sitzung (Sondersitzung) vom 04.12.2008 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 64. Sitzung vom 11.12.2008 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Anmerkung zu 5.1 Familienpass (Vorlage 02318/2008)

Frau Nagel weist daraufhin, dass in dem Protokoll ihre Frage hinsichtlich der weiteren Förderung der Stelle im „Schweriner Bündnis für Familien“ fehle.

Herr Hubert informiert, dass das Dienstverhältnis von Frau Mund zum 31. Dezember 2008 planmäßig beendet wurde. Es laufen jedoch bereits Bemühungen die Stelle zum 15. April 2009 mit Hilfe von ESF Projektfördermitteln wieder zu schaffen.

Frau Sembritzki äußert dazu, dass die Stelle bei der Verteilung der städtischen Fördermittel hätte mitberücksichtigt werden können, wenn die Bedarfsanmeldung vor dem Abschluss des Haushaltes erfolgt wäre.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2.3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 65. Sitzung vom 08.01.2009 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3

Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

1.

Die Verwaltung informiert über den Sachstand im Wohngeldbereich. Derzeit sei ein erhebliches Antragsaufkommen zu verzeichnen. Die Bearbeitung solle jedoch möglichst zeitnah erfolgen, weshalb sich insgesamt sieben Mitarbeiterinnen bereiterklärt hätten am Samstag, den 7. Februar 2009, auf freiwilliger Basis zu arbeiten. Ferner sei in dringenden Fällen eine Barauszahlung des Wohngeldes möglich. Bisher wäre davon in einem Fall Gebrauch gemacht worden. Frau Sembritzki bedankt sich im Namen des Ausschusses ausdrücklich für das freiwillige Engagement der Mitarbeiter.

2.

Die Verwaltung informiert über die Zuwendungen an Vereine und Verbände im Jahr 2009. Hinsichtlich der Förderungssummen wären im Vergleich zum Vorjahr keine nennenswerten Veränderung zu verzeichnen, mit der Ausnahme der Förderung für „Frauen im Zentrum“ (+ 13 TEUR). Eine Übersicht ist der Anlage zu entnehmen.

Herr Hubert erläutert nachdrücklich, dass eine nachhaltige Verwirklichung der Förderungsziele eher gegeben wäre, wenn die Förderung nicht nur für das Folgejahr sondern für mehrere Jahre im Voraus geplant werden würde. Dies würde den Vereinen und Verbänden der Wohlfahrtspflege eine verlässlichere Planungssicherheit geben. Durch das positive Votum des Ausschusses für Soziales und Wohnen zum Strategiepapier zur Entwicklung von Trägerverbünden in der Kinder- und Jugendarbeit wären in diesem Bereich bereits verlässliche Rahmenbedingungen für die nächsten drei Jahre geschaffen worden. Diese Unterstützung durch die politische Ebene wäre auch beim Umgang mit den Wohlfahrtsverbänden wünschenswert.

3.

Die Verwaltung informiert darüber, dass die Schließung des gesamten Stadthauses am Mittwoch, den 4. Februar 2009, für den Bürgerverkehr keine besonderen Auffälligkeiten im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen nach sich zog.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 3.1

Budgetkontrolle

Bemerkungen:

Herr Block informiert, dass derzeit keine Notwendigkeit für weitere Ausführungen zum Thema besteht. Der Tagesordnungspunkt sei allein durch eine Beschlussfassung des Hauptausschusses standardmäßig auf die Tagesordnung aller Ausschüsse gesetzt worden. Herr Junghans informiert, dass die Lenkungsgruppe Strategische Steuerung bereits an einer Vereinheitlichung des Umgangs mit der Budgetkontrolle in allen Ausschüssen arbeite.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

1.

Herr Block teilt mit, dass die Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II, Leistungen für Unterkunft und Heizung, nunmehr in die Internetpräsentation der Landeshauptstadt Schwerin eingestellt wurde.

2.

Die Verwaltung berichtet, dass in der Trägerversammlung der ARGE die Bilanz für 2008 vorgestellt wurde.

Darüber hinaus stellt die Verwaltung die aktuellen Zahlen zur Grenzüberschreitung bei der Angemessenheit der Kosten für Unterkunft und Heizung vor. Nach dem aktuellen Stand sind die Unterkunftskosten in 48 Fällen unangemessen. Weitere 85 Fälle befinden sich in der Prüfung.

Frau Graff fragt an, ob die Zahl der Fälle bekannt sei, in denen sich die Hilfeempfänger bereit erklärt hätten den Überschuss aus eigenen Mitteln zu zahlen. Die Verwaltung sagt die Beantwortung der Frage im nächsten Ausschuss zu.

Der Ausschuss favorisiert zur umfangreicheren Information zur Umsetzung des SGB II eine Sondersitzung am 26. Februar 2009 unter der Teilnahme der ARGE. Fragen sollen zwecks Vorbereitung vorher schriftlich eingereicht werden.

Frau Bemann bittet die Verwaltung in der nächsten Sitzung den Termin des Arbeitsbesuches in der ARGE mitzuteilen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 5.1 Stundensatz für 1-€-Jobber erhöhen Vorlage: 02351/2008

Bemerkungen:

Nach erfolgter Diskussion stellt die Verwaltung klar, dass den Hilfeempfängern von der ARGE Schwerin auch die Fahrkosten erstattet werden.

Beschluss:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	3

**zu 5.2 Anpassung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II,
Leistungen für Unterkunft und Heizung
Vorlage: 02360/2008**

Bemerkungen:

Nach allgemeiner Einführung fragt Herr Woywode, welche Kosten genau in den letzten Jahren tatsächlich gestiegen seien und merkt an, dass nach seiner Berechnung lediglich eine Steigerung von max. ca. 14% zu verzeichnen sei.

Frau Bemann erklärt, dass sich die angeführte Erhebung lediglich auf die Kostensituation von vor Januar 2009 stützt.

Die Verwaltung merkt an, dass durch eine frühere Beschlussfassung die Reaktion auf derartige Veränderungen durch einfaches Verwaltungsverfahren geregelt werden könne. Akuter Handlungsbedarf sei nicht feststellbar. Die Verwaltung regt an, den Antrag zunächst zurückzusetzen und am 16. April 2009 erneut zu behandeln. Zur Klärung sollen in die Sitzung im März Vertreter der SWG und WGS eingeladen werden, die an verschiedenen Modellberechnungen die Auswirkungen der steigenden Preise verdeutlichen sollen. Ferner gibt die Verwaltung zu Protokoll, dass die Erhöhung der Leistungen aufgrund der Preissteigerungen in diesem Bereich außer Frage stehe.

Beschluss:

Es erfolgt die Wiedervorlage des Tagesordnungspunktes in der Sitzung am 16. April 2009.

**zu 5.3 Fortführung der "Erhebung Kindsein in Schwerin"
Vorlage: 02420/2009**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende führt in die Thematik ein. Sie stellt fest, dass die Fortführung der Erhebung in den 5. bis 12. Klassen ein positives Signal an die ehrenamtlich tätigen Helfer darstellen würde. Herr Woywode ergänzt, dass dies auch ein positives Signal an alle Familien darstellen würde.

Frau Bemann beantragt diese Vorlage aufgrund der originären Zuständigkeit in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Außerdem fordere der professionelle Umgang mit der Erhebung eine wissenschaftliche Begleitung.

Frau Sembritzki erklärt hierzu, dass dieser Antrag bereits von der SPD-Fraktion gestellt wurde. Der Ausschuss für Soziales und Wohnen könne sich jedoch nicht aus diesem Verantwortungsbereich heraushalten. Sie erklärt weiterhin, dass die Verwaltung mit den Ergebnissen der Erhebung kurzfristig arbeiten könne und eine wissenschaftliche Betreuung Kosten verursachen würde.

Beschluss:

Der Vorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

**zu 5.4 Verzeehr alkoholischer Getränke im öffentlichen Bereich/Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Polizei und Ordnungsdienst
Vorlage: 02389/2008**

Bemerkungen:

Herr Karwen führt in die Vorlage ein und informiert über die Intention des Antragstellers. Herr Junghans erläutert die rechtlichen Gegebenheiten. Danach würde sich ein generelles Verbot des Verzehres alkoholischer Getränke lediglich im Bereich des Marienplatzes rechtlich verwirklichen lassen. Auf dem BUGA Gelände wäre ein generelles Verbot unproblematisch, da vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden könne.

Herr Karwen stellt klar, dass es dem Ortsbeirat nicht um ein generelles Verbot, sondern um eine Handlungsmöglichkeit im Bedarfsfall ginge.

Nach ausführlicher Diskussion wird über folgenden geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt:

„Die Verwaltung der Stadt Schwerin wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Satzung mit folgendem Inhalt der Stadtvertretung zum Beschluss vorgelegt werden kann:

1. Der Verzeehr von alkoholischen Getränken in der Innenstadt sowie in Problembereichen (öffentlichkeitswirksame Plätze, soziale Brennpunkte) wird grundsätzlich untersagt.
2. Ausgenommen ist der Verzeehr an Ort und Stelle im Bereich von Lokalen und Cafes, die eine Konzession für den Ausschank von alkoholischen Getränken im Freien nachweisen.
3. Ausgenommen sind ferner der 1 Mai, der Herrentag, Sylvester und ausdrücklich von der Verwaltung genehmigte Veranstaltungen.
4. Polizei und Ordnungsdienst sind berechtigt, bei Zuwiderhandlungen die alkoholischen Getränke sofort an Ort und Stelle sicherzustellen.“

Beschluss:

Der geänderten Vorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	0

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Die Verwaltung informiert über die Bereitlegung einer Broschüre für Bürger zum neuen Wohngeld im Bürgercenter und Amt für Soziales und Wohnen.

Beschluss:

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Anne Winter

Protokollführer